

II-143 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1027J

1983 -07- 06

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier  
und Genossen  
an den Bundeskanzler  
betreffend Einschränkung der Leistungen aus dem Familienlasten-  
ausgleich

Unter dem Titel "Geldsuche für Umwelt bringt Sinowatz in arge Bedrängnis", berichten die Oberöstr. Nachrichten vom Juni 1983 von einem Gespräch mit Vizekanzler Dr. Steger. Es heißt dort: "Für das Budget 1984 droht schon ein weiteres Belastungspaket. Vizekanzler Steger meinte im Gespräch mit den ÖÖN, eine Verringerung von Heiratsgeld, Familienbeihilfen sowie eine Staffellung der Schulbuchaktion sollte 1984 ins Auge gefaßt werden."

Der Bankrott des Familienlastenausgleichsfonds wurde allerdings nicht, wie die Regierung gerne glauben machen möchte, durch zu hohe Beihilfen erreicht, sondern dadurch, daß die sozialistische Alleinregierung den Familienlastenausgleichsfonds systematisch ruiniert hat:

- o die Haupteinnahmsquelle des Familienlastenausgleichsfonds, der sogenannte Dienstgeberbeitrag, wurde um 25 % gesenkt und zur Pensionsversicherung umgeleitet. Dem Familienlastenausgleichsfonds entgehen im Jahr 1983 dadurch 7 Mrd. Schilling;
- o seit 1975 wurden dem FLAF jährlich neue Leistungen wie etwa ein Beitrag zum ÖBB-Defizit oder die Schülerunfallversicherung aufgebürdet. Allein im Jahr 1983 sind das 3,4 Mrd. S an solchen Fremdleistungen.

Offensichtlich denkt weder Vizekanzler Steger noch Bundeskanzler Dr. Sinowatz daran, den Familien das ihnen zustehende Geld wieder zu geben sondern an Leistungseinschränkungen. Ein Antrag der ÖVP auf eine sparsamere Gestaltung der Schulbuchaktion wurde inhaltlich abgelehnt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundeskanzler nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Welche Vorschläge hat Ihnen Vizekanzler Dr. Steger hinsichtlich einer Verringerung der Familienbeihilfen und einer Staffelung der Schulbuchaktion, wie er sie gegenüber den OÖN vom 8.6.83 zum Ausdruck gebracht hat, gemacht?
- 2) Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung zur Verringerung von Familienbeihilfen und zur Staffelung der Schulbuchaktion dem Parlament als Regierungsvorlage vorlegen?
- 3) Beabsichtigen Sie, jene 10 Milliarden Schilling, die den Familien derzeit durch Zweckentfremdungen an Beihilfengeldern entzogen werden, wieder zur Verfügung zu stellen?